

07.04.2022

# Länderbericht

Auslandsbüro Republik Moldau



## Alle für einen: Viel internationale Unterstützung für die Republik Moldau

### Internationale Geberkonferenz erbringt über 659 Mio. Euro

*Katja Christina Plate und Sanda Sandu*

Der Krieg in der Ukraine und die von der russischen Aggression ausgelöste Fluchtbewegung haben die kleine Republik Moldau wirtschaftlich und sozial in eine äußerst schwierige Lage gebracht. Das kleine Land mit seinen nur 2,6 Mio. Einwohnern und dem niedrigsten BIP pro Kopf aller europäischen Länder nahm im europaweiten Vergleich die meisten Flüchtlinge in Relation zur eigenen Bevölkerung auf. Damit die Republik Moldau weiter standhalten kann, verpflichteten sich am 5. April 2022 insgesamt 47 internationale Geberländer, das Land mit über 659 Mio. EUR zu unterstützen.

Am 5. April 2022 fand in Berlin die internationale Geberkonferenz "Hilfsplattform für die Republik Moldau" statt, die von Deutschland, Frankreich und Rumänien gemeinsam organisiert wurde und an der sich 47 Teilnehmerländer beteiligten. Vertreter von Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Japans sowie von Finanzinstitutionen und internationalen Organisationen waren nach Berlin gekommen. Zentrales Thema der Diskussion waren die wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine für die Republik Moldau und wie das kleine Land bei deren Bewältigung unterstützt werden könne.

Aus Berichten der Vereinten Nationen geht hervor, dass die Republik Moldau - noch vor Polen - die größte Zahl von Flüchtlingen pro Einwohner aufgenommen hat: Fast 400.000 Geflüchtete aus der Ukraine haben seit Beginn des Krieges Schutz in der Republik Moldau gesucht. Die meisten reisten weiter, aber Stand Anfang April 2022 verblieben etwa 100.000 von ihnen in der Republik Moldau. Diese Flüchtlinge werden wohl weiter dort ausharren, bis sich die Lage in der Ukraine bessert. Wie lange dies dauert, ist gegenwärtig kaum abzusehen. 95% der Flüchtlinge sind in privaten Haushalten

aufgenommen worden, rund 70% im Großraum der Hauptstadt Chişinău. Nach der humanitären Herausforderung der Erstversorgung stellen sich nun also ganz neue Aufgaben im Hinblick auf den Umgang mit den Geflüchteten: Integration in den Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Schul- und KiTa-Besuch für die Kinder, um nur einige Themen zu nennen.

„Solidarität und Einigkeit in Europa sind der Schlüssel zur Beendigung des Krieges und zur Bewältigung seiner Folgen“, sagte die Premierministerin der Republik Moldau, Natalia Gavrilița, am Vorabend der Geberkonferenz bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bei der Geberkonferenz in Berlin stellte sie dann den Bedarf an externer Hilfe sowie einen Sofortmaßnahmenplan vor, der zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Landes entwickelt wurde. Die wichtigsten Maßnahmen werden sich auf die Erhöhung der Staatseinnahmen, die Gewährleistung der Ernährungssicherheit, die Energiesicherheit, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung der Korruption und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung konzentrieren. Während der Konferenz wurde auch die Notwendigkeit betont, die Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau im

Bereich der Cybersicherheit und Desinformation zu erhöhen.

"Wir sind entschlossen zu zeigen, dass die Republik Moldau ein Garant für Stabilität und ein Land ist, in dem Demokratie herrscht, Reformen möglich sind, die Transformationsprozesse zu Ergebnissen führen und unsere europäische Zukunft unumkehrbar ist", sagte Nicu Popescu, der stellvertretende Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration.

Die teilnehmenden Staaten kündigten an, dass sie die Republik Moldau mit einem Finanzpaket im Wert von über 659 Mio. Euro unterstützen werden, darunter 108,2 Mio. Euro in Form von direkter Budgethilfe und 530 Mio. Euro in Form von Kreditlinien. Die deutsche Außenministerin und die Außenminister Frankreichs und Rumäniens erklärten, dass ihre Länder der Republik Moldau nicht nur während des Krieges in der Ukraine beistehen wollen, sondern auch darüber hinaus im Prozess der europäischen Integration bei den anstehenden Reformen in vielen staatlichen Schlüsselbereichen.

### Was ist mit den Mitteln geplant?

Die Hilfe für die Republik Moldau wird sich auf folgende Schlüsselbereiche konzentrieren:

- 1.) Humanitäre Hilfe: Eine nachhaltige Bewältigung der Flüchtlingsströme und Umverteilung einiger Flüchtlinge in andere europäische Länder sowie die Gewährleistung der Sicherheit von Flüchtlingen.
- 2.) Energie: Unterstützung der Energiesicherheit der Republik Moldau, einschließlich der Diversifizierung der Gasversorgung und des Ausbaus der Gasverbindungen innerhalb der Republik Moldau sowie einer besseren Anbindung an den europäischen Energiemarkt, aufbauend auf dem kürzlich erfolgten Anschluss der Republik Moldau an das Westeuropäische Energienetz. Betonung der Aussichten für eine erfolgreiche Energiewende mit einem nachhaltigen und zuverlässigen Energiemix in der Republik Moldau.
- 3.) Korruptionsbekämpfung: Unterstützung der Regierung bei der Umsetzung der ehrgeizigen Reformagenda, auch in den Bereichen Justiz, Rechtsstaatlichkeit und

Korruptionsbekämpfung. Fortsetzung der Bemühungen um die Gewährleistung der Integritätsbewertung von Richtern und Staatsanwälten, um die Unabhängigkeit und Integrität des Justizwesens zu stärken.

- 4.) Finanzielle Unterstützung und Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau. Die Zusammenarbeit soll die internationalen Handelsmöglichkeiten der Republik Moldau verbessern, ihre Fähigkeit zur Erwirtschaftung von Einnahmen nutzen sowie das Investitionsklima verbessern, um ausländische Unternehmen anzulocken. Auf der Konferenz wurde vereinbart, die Erhöhung der Handelskontingente im Rahmen der Freihandelszone DCFTA zu unterstützen.
- 5.) Grenzverwaltung: Gewährleistung einer effizienten Grenzverwaltung, Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden. Stärkung der Funktionen des Innenministeriums zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und zur Bekämpfung des illegalen Grenzübertritts an der moldauisch-ukrainischen Grenze. In diesem Zusammenhang wurde ein Abkommen zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union über die Zusammenarbeit im Bereich des Grenzmanagements zwischen dem moldauischen Grenzschutz, der Europäischen Grenzschutzagentur und der Küstenwache (Frontex) unterzeichnet.

### Stimmen und Kommentare

Die Regierungspartei „Aktion und Solidarität“ (PAS) erklärte, die Geberkonferenz in Berlin spiegle die Unterstützung der europäischen Gemeinschaft für die von der derzeitigen Regierung eingeleiteten Reformen wider: „Es handelt sich um eine historische Summe (...) Dieser Prozess der finanziellen Unterstützung wird eng mit unserem europäischen Kurs und dem Weg zur Erlangung des Status eines EU-Kandidaten verbunden sein. Früher wurde die finanzielle Unterstützung hauptsächlich auf bilateraler Ebene zwischen den Staaten und auf EU-Ebene gewährt. Jetzt sehen wir einen gut koordinierten Prozess zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, der darauf abzielt, den europäischen und den Entwicklungsweg unseres

Landes zu unterstützen", erklärte der PAS-Abgeordnete Adrian Băluțel auf TVR Moldova.

Von Seiten der Zivilgesellschaft in der Republik Moldau äußerte sich der angesehene Think Tank IPRE. „Die Berliner Konferenz steht auch in einem größeren Zusammenhang mit der Bewertung der EU-Beitrittsanträge der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau durch die Europäische Kommission. Dieser Prozess wird bald in vollem Umfang in Gang kommen.“

Der bekannte moldauische Journalist und Kommentator Anatol Țăranu erklärt: „Diese finanzielle Unterstützung ist für unseren Staat aus dem einfachen Grund lebenswichtig, weil wir uns in einer sehr akuten Krise befinden, die durch eine Vielzahl ausländischer Faktoren verursacht wird. Ohne diese Hilfe wird die Republik Moldau nicht in der Lage sein, allein zurechtzukommen. Die Europäische Union ist an Stabilität an ihren Grenzen interessiert. Sie will

keine Nachbarn, die nicht in der Lage sind, ihre eigenen inneren Angelegenheiten zu regeln und von denen Flüchtlingsströme und Kriminalität in die EU gelangen können. Aus dieser Perspektive handelt die EU absolut pragmatisch. Aber wir können die affektive Seite nicht ausklammern, wenn die EU erkennt, dass, wenn die Republik Moldau aufgegeben wird, dies bedeutet, dass die Expansion der Russischen Föderation nicht gestoppt werden kann und dass diese Expansion über die Grenzen Osteuropas hinausgehen kann“.

In der Tat befindet sich die Republik Moldau nicht nur wirtschaftlich und sozial in einer schwierigen Lage. Auch wenn es aktuell keine direkten Hinweise dafür gibt, dass russische Truppen die Republik Moldau direkt angreifen könnten, ist die Republik Moldau mit ihrer abtrünnigen Region Transnistrien, in der bereits seit vielen Jahren russische Truppen stehen, das verletzlichste Nachbarland der Ukraine.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Katja Christina Plate  
Leiterin Auslandsbüro Rumänien & Republik Moldau  
HA Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[katja.plate@kas.de](mailto:katja.plate@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)